



Petra Merkel, MdB

Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

— Ausgabe: 02/2006

Aus dem Bundestag

— Am Dienstag, den 7. Februar haben wir in einer bewegenden Trauerfeier Abschied von Johannes Rau genommen. Mit Johannes Rau verliert die Deutsche Sozialdemokratie eine ihrer herausragendsten Persönlichkeiten. Johannes Rau hat das Gesicht Deutschlands über fünfzig Jahre hinweg geprägt; als Oberbürgermeister, Landesminister, Ministerpräsident und als Bundespräsident. Er hat die Menschen erreicht und sich so Ansehen und Anerkennung in ganz Deutschland und über die Parteigrenzen hinweg erworben. Sein Leben war geprägt von einer großen Liebe zu den Menschen. Er hat uns Versöhnung vorgelebt. Johannes Rau hat zusammengeführt, DDR und Bundesrepublik, Polen und Deutschland, Israel und Deutschland. Er war im wahrsten Sinne ein Menschenfischer und ein Vorbild für Deutschland. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, bei seiner Frau und seinen Kindern. Ich hoffe sie finden die Kraft, über diesen schweren Verlust hinwegzukommen. Johannes Rau hat als Ehrenbürger Berlins sein Grab auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Mitte gefunden.

ERHÖHUNG DES GESETZLICHEN RENTENZUTRITTSALTERS

Das Kabinett hat sich letzte Woche darauf verständigt, mit der Erhöhung des gesetzlichen Rentenzutrittsalters früher als 2035 zu beginnen. Die neue Regelung sieht vor, die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters 2012 (nicht früher!) zu beginnen und bis 2029 auf 67 Jahre zu führen. Die Stufen der Anhebung sollen zunächst einen Monat pro Jahr (65-66) und dann zwei Monate (66-67) pro Jahr betragen. Gleichzeitig sollen auch die Rentenversicherungsbeiträge ab 2007 auf 19,9 Prozent erhöht werden, um so die Rentenkasse zu stärken. Der volle Rentenanspruch ab 65 Jahren soll bei Rentenversicherungszeiten von mindestens 45 Jahren auch über 2029 hinaus erhalten



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

bleiben. Diese Entscheidung ist notwendig. Wir wissen aber auch, dass es mit dieser gesetzlichen Lösung allein nicht getan ist. Wichtig ist jetzt, dass das Programm 50 Plus mit Leben gefüllt wird und konkrete Maßnahmen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten Älterer zu fördern, ergriffen werden. Das ist auch eine Aufgabe von Betrieben und Unternehmen. Sie müssen endlich erkennen, dass ältere Arbeitnehmer arbeitsfähig und arbeitswillig sind und mit ihrem Erfahrungsschatz und ihrer Leistungsfähigkeit den Unternehmen nützen.

KINDERBETREUUNGSKOSTEN

In der letzten Woche haben wir uns mit dem Koalitionspartner über die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten verständigt. Rückwirkend zum ersten Januar 2006 können nun vom ersten Euro an zwei Drittel aller Kosten bis zu einer Obergrenze von 4.000 Euro im Jahr angerechnet werden. Diese Regelung gilt für berufstätige Eltern und für Alleinerziehende mit Kindern unter 14 Jahren sowie Alleinverdiener-Familien mit 3- bis 6jährigen Kindern. Damit wird die zusätzliche Förderung - wie von uns gefördert - im Wesentlichen auf Berufstätige mit erhöhtem Betreuungsaufwand konzentriert. Im Vergleich zu Genshagen kann nun beispielsweise eine Familie, mit Kinderbetreuungskosten von 100 Euro monatlich (1.200 Euro p. J.) 800 Euro geltend machen, nach den Genshagener Beschlüssen wären es nur 200 Euro gewesen. Nächste Woche bringen wir den Gesetzentwurf ein.

AUSBILDUNGSPAKT

Der Bericht über das zweite Jahr des Ausbildungspaktes liegt vor. Nach dem erfolgreichen Start des Ausbildungspaktes 2004, in dem erstmals seit 1999 die Zahl der Ausbildungsplätze wieder zunahm, kann auch für das zweite Jahr des Paktes 2005 eine, allerdings gedämpfte, positive Bilanz gezogen werden. Die Wirtschaft hat in den ersten zwei Jahren mehr als die vereinbarten 60.000 neuen Ausbildungsplätze geschaffen. Insgesamt sind es bisher 63.400 neue Ausbildungsplätze. Positiv ist auch, dass die Paktpartner rd. 40.000 Betriebe erstmalig für die Ausbildung junger Menschen gewinnen konnten und dass die Bundesverwaltung ihr Ausbildungsplatzangebot nicht nur um 20 %, sondern sogar um 34 % erhöht hat. Allerdings ist es bedenklich, dass von Oktober 2004 bis September 2005 550.180 Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden und damit knapp vier Prozent weniger als im Vorjahr (573.000). Zwar liegt diese Anzahl der betrieblichen Ausbildungsplätze derzeit immer noch um 7.900 höher als vor Abschluss des Paktes, jedoch zeigt der Rückgang der Gesamtzahl, dass der Ausbildungspakt eine neue Dynamik braucht. Gefordert sind Politik, Wirtschaft, Sozialverbände und Gewerkschaften. Sie alle müssen eine Schippe drauflegen, um Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in Einklang zu bringen.

ZUSAMMENFASSUNG DES JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHTS 2006



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung legt jährlich Ende Januar ihren Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht 2006 trägt den Titel „Reformieren, investieren, Zukunft gestalten – Politik für mehr Arbeit in Deutschland“.

Die Prognosen für das Jahr 2006 aus dem Jahreswirtschaftsbericht

Zu Beginn des Jahres 2006 befindet sich die deutsche Wirtschaft im Aufwind. Getragen von der hohen Leistungsfähigkeit deutscher Unternehmen, die insbesondere beachtliche Erfolge im Ausland verzeichnen, und einer sich allmählich belebenden Binnenwirtschaft, wird sich die konjunkturelle Erholung im laufenden Jahr fortsetzen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird im Jahresdurchschnitt um rd. 1 ½ % (dies entspricht 1,4 %) zunehmen, nach 0,9 % im vergangenen Jahr. In dieser Projektion sind die Beschlüsse der Klausurtagung zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung am 9. und 10. Januar in Genshagen weitgehend eingearbeitet. Die Genshagener Beschlüsse werden in diesem Jahr die konjunkturelle Erholung unterstützen.

Mit der günstigeren konjunkturellen Entwicklung wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Verlauf dieses Jahres verbessern. Im Jahresdurchschnitt wird sich die Zahl der Arbeitslosen voraussichtlich um rd. 350.000 Personen gegenüber dem Vorjahresniveau verringern.

Die Erwerbstätigkeit, die 2005 bei einem nur leichten Anstieg der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse noch abwärts gerichtet war, soll sich 2006 im Jahresverlauf allmählich beleben. Aufgrund der gegenüber 2005 ungünstigeren Ausgangslage ist im Jahresdurchschnitt allerdings nur mit einer Stagnation zu rechnen.

Die weltwirtschaftlichen Wachstumsperspektiven bleiben nach Einschätzung internationaler Organisationen in diesem Jahr weiterhin ähnlich dynamisch wie im Vorjahr. Die globale Wirtschaftsleistung wird mit einem Anstieg um real rd. 4¼ % anhaltend hoch bleiben, die Zunahme des Welthandels mit 7 ½ bis 8 % dürfte sich sogar etwas verstärken.

Von den günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen wird die deutsche Wirtschaft auch in diesem Jahr erheblich profitieren. Der Überschuss in der Leistungsbilanz hat im abgelaufenen Jahr aller Voraussicht nach einen neuen Höchststand erreicht.

HIER DIE WICHTIGSTEN MAßNAHMEN ZUR STÄRKUNG DER WACHSTUMSPOTENZIALE, WIE SIE IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2006 AUFGEFÜHRT SIND:

1. Um den beginnenden Aufschwung auf eine breitere Basis zu stellen, sollen die außenwirtschaftlichen Impulse durch eine stärkere binnenwirtschaftliche Dynamik ergänzt werden.

Der Mittelstand ist die tragende Säule der deutschen Wirtschaft. Das Wachstums- und Innovationspotenzial von kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern ist daher ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung.

Ziel ist es, Unternehmen mehr Raum für innovative Produktideen und Dienstleistungen zu verschaffen. Unter anderem wird die Bundesregierung deshalb Mittelständler und Existenzgründer im Rahmen eines Mittelstandsentlastungsgesetzes von bürokratischen



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorschriften entlasten und im Rahmen einer Mittelstandsinitiative die Kredit- und Wagniskapitalfinanzierung weiter verbessern.

2. Wichtig für die nachhaltige Rückkehr auf einen höheren Wachstumspfad sind gesunde und tragfähige Staatsfinanzen. In diesem Jahr wird allerdings die Nettokreditaufnahme des Bundes voraussichtlich höher sein als die Summe der Investitionen. Mit einer Verstärkung des Konsolidierungskurses im Jahr 2007 werden die öffentliche Neuverschuldung wieder zurückgeführt und die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes eingehalten. Vorrangig sind dabei Einsparungen durch Streichungen von Subventionen und Steuervergünstigungen. Darüber hinaus wird die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 von 16 % auf 19 % angehoben, wobei ein Prozentpunkt für die Senkung der Lohnnebenkosten verwendet wird. Die Bundesregierung erwartet auch von den Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen Anstrengungen mit dem Ziel eines ausgeglichenen Gesamtstaatshaushalts.

3. Um bei der Haushaltskonsolidierung auch konjunkturellen Erfordernissen gerecht zu werden, verbindet die Bundesregierung ihre Konsolidierungspolitik mit konkreten Impulsen in fünf Bereiche mit einem Gesamtvolumen von 25 Mrd. €. Gefördert werden insbesondere:

- Investitionen der mittelständischen Wirtschaft
- Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur
- Investitionen in Forschung und Technologie
- Ausgaben für Modernisierungs- und Erhaltungsaufwendungen durch die steuerliche Berücksichtigung von Handwerkerleistungen
- Familien werden u. a. durch das neue Elterngeld und die verbesserte steuerliche Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten gefördert

4. Die rasche Einführung eines umfassenden Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetzes sowie die verstärkte Nutzung von Public Private Partnerships (PPP) werden ebenfalls dazu beitragen, die Wachstumsschwäche in Deutschland zu überwinden.

5. Zu den zentralen Reformvorhaben der Bundesregierung gehört die Reform des bundesdeutschen Föderalstaates. Damit staatliche Entscheidungsprozesse transparenter und effizienter werden, müssen Blockaden beseitigt und die föderale Politikverflechtung abgebaut werden. Vorgesehen ist u. a., dass die Rahmengesetzgebung wegfällt und mehr eigenständige Entscheidungsbereiche für Bund und Länder geschaffen werden.

6. Damit inländische und ausländische Unternehmen in Deutschland mehr investieren und neue Arbeitsplätze schaffen, wird das Steuersystem modernisiert und international wettbewerbsfähig ausgestaltet. Die steuerlichen Rahmenbedingungen insbesondere für Unternehmen werden daher weiter verbessert. Die Änderung des Erbschaftssteuergesetzes wird die Betriebsnachfolge begünstigen.

Zum 1. Januar 2008 wird die Bundesregierung eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung umsetzen, die neben den Körperschaften auch die –



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

zahlenmäßig bedeutenderen – Personenunternehmen erfasst. Bis zum Inkrafttreten der Unternehmensteuerreform wird zur kurzfristigen Verbesserung der Investitionsbedingungen der maximale Satz für die degressive Abschreibung beweglicher Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens von derzeit 20 % auf 30 % angehoben. Neue, zukunftssträchtige Beschäftigungschancen eröffnen sich gerade in den wissens- und forschungsintensiven Industrie- und Dienstleistungsbereichen.

7. Die Bundesregierung wird den Innovationsstandort Deutschland weiter ausbauen. Mit dem Ziel, bis 2010 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, setzt sie auf das Wissen und die Kreativität der Menschen als den entscheidenden Standortfaktor für neue, wettbewerbsfähige Technologien und Produkte. Die Bundesregierung wird sich deshalb weiterhin intensiv für den Dialog mit Wissenschaftlern und innovativen Unternehmern einsetzen und diesen fördern.

8. Energiepolitik ist auch Standortpolitik. Dies zeigt die Entwicklung des letzten Jahres. Hohe Energiepreise schränken die finanziellen Möglichkeiten der Verbraucher ein und erhöhen die Produktionskosten der Wirtschaft. Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Energieträgern müssen daher Energieeffizienz und -produktivität in Deutschland weiter deutlich gesteigert werden. Möglichst effizient funktionierende Energiemärkte sind daher für den Standort Deutschland ein entscheidender Wachstums- und Wettbewerbsfaktor. Ein nationaler Energiegipfel, der zu Beginn des zweiten Quartals 2006 stattfindet, soll den Startschuss für die Ausarbeitung eines energiepolitischen Gesamtkonzeptes der Bundesregierung geben.

9. Deutschland braucht einen Arbeitsmarkt, der allen Menschen Chancen eröffnet, für sich selbst und ihre Familien zu sorgen. Hierfür müssen die Voraussetzungen auch nach Umsetzung der „Agenda 2010“ weiter verbessert werden.

Die Bundesregierung wird daher zusätzliche Anreize dafür schaffen, dass Arbeitgeber Arbeitsplätze bereitstellen und Arbeitnehmer Arbeitsplätze annehmen. Sie wird den Kündigungsschutz beschäftigungsfördernd weiterentwickeln, die Existenzgründungsförderung aus Arbeitslosigkeit umbauen und die Grundsicherung für Arbeitsuchende optimieren. Dort, wo bei bisherigen Maßnahmen Fehlentwicklungen festgestellt werden, wird nachjustiert.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung an Lösungen arbeiten, um die Beschäftigungschancen für gering qualifizierte Menschen zu erhöhen. Sie wird hierzu Gespräche mit den Tarifvertragsparteien führen. Um Beschäftigungen zu schaffen, sind nach Ansicht der Bundesregierung auch betriebliche Bündnisse wichtig. Dies wird Teil der Gespräche mit den Tarifvertragsparteien sein. Zudem verbessern familienpolitische Maßnahmen die Balance von Familie und Arbeitswelt und erhöhen damit die Erwerbsintegration insbesondere von Frauen und Müttern, die im Zuge des demografischen Wandels zunehmend an Bedeutung gewinnt.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

10. Niedrigere Sozialabgaben machen Arbeit in Deutschland wettbewerbsfähiger und helfen zudem insbesondere auch gering qualifizierten Menschen, einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Deshalb will die Bundesregierung die Sozialversicherungsbeiträge dauerhaft unter 40 % des beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelts senken.

Zum 1. Januar 2007 wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 4,5 % zurückgeführt. Für die Kranken- und Pflegeversicherung werden umfassende Zukunftskonzepte entwickelt. Unter anderem wird das System der Gesetzlichen Krankenversicherung stärker wettbewerbsfähig ausgerichtet und damit effizienter gestaltet, um die Beiträge mindestens stabil zu halten und möglichst zu senken. Im Rentenversicherungssystem dienen die gesetzlich fixierten Beitragssatz- und Niveausicherungsziele dazu, dass die Beiträge bezahlbar bleiben und für die heutigen wie auch zukünftigen Rentner eine verlässliche Altersversorgung garantiert ist. Diesem Ziel dient auch die geplante Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre.

Als zweite und dritte Säule der Altersversorgung fördert die Bundesregierung die zusätzliche betriebliche und private Vorsorge weiterhin mit umfangreichen Maßnahmen wie steuerlichen Elementen und Zulagen. Alle Formen der Altersversorgung dienen der Sicherung des Lebensstandards im Alter.

11. Obwohl die neuen Bundesländer mittlerweile beträchtlich aufgeholt haben, hat der Aufbau Ost für die Bundesregierung weiterhin hohe Priorität. Sie wird deshalb die Investitionsförderung für Ostdeutschland auf hohem Niveau fortsetzen. Zudem richtet sie die Innovationsförderung konsequent auf Cluster und Netzwerke aus, um die wirtschaftlichen Profile der neuen Länder weiter zu stärken.

FAZIT

Mit einem Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren setzt die Bundesregierung zur Stärkung der Wachstumskräfte ein umfassendes Paket an Maßnahmen auf verschiedenen Handlungsfeldern um. Sie wird sich dabei am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft orientieren.

GEDENKTAG FÜR DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

Am Freitag, den 27. Januar 2006 fand im Deutschen Bundestag eine Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Am 27. Januar, vor nunmehr 61 Jahren wurde das Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit. Auschwitz steht dabei symbolhaft für den vielerorts durchgeführten Völkermord und für die Millionen Opfer, die durch das Regime des Nationalsozialismus entrechtet, verfolgt und ermordet wurden.

Weltweiter Gedenktag

Dieser für Deutschland ganz besondere Gedenktag ist 1996 in Deutschland zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt worden. Seitdem begeht der



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag diesen Tag jährlich im Rahmen einer Feierstunde. Seit letztem Jahr ist der 27. Januar übrigens auch weltweit der offizielle Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

Hauptredner war in diesem Jahr Prof. Dr. h.c. Ernst Cramer, Publizist und Überlebender der NS-Verfolgung. Prof. Cramer, der sich in den 1930er Jahren in der jüdischen Jugendbewegung in Deutschland engagierte, wurde nach der Reichspogromnacht im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert, konnte aber 1939 in die USA emigrieren. Nach dem Krieg engagierte er sich sehr für die deutsch-jüdische Versöhnung.

Auch in diesem Jahr kamen 80 Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und Polen auf Einladung des Deutschen Bundestags nach Berlin, um in dieser vergangenen Woche an einer internationalen Jugendbegegnung zu diesem Gedenktag und an der Sonderveranstaltung im Deutschen Bundestag teilzunehmen.

Aus dem Wahlkreis

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG DER COLLAGEN VON MELISSA LORD

Erfolgreiche Ausstellungseröffnung von Melissa Lord in der Goethe 80

Zahlreiche Besucherinnen und Besucher konnte ich am 27. Januar zur ersten Ausstellungseröffnung in diesem Jahr in meinem Wahlkreisbüro und dem SPD-Bürgerbüro begrüßen. Die erste Ausstellung "cut and show" der Künstlerin Melissa Lord war eine rundum gelungene Premiere.

So eröffneten ihre unterschiedlichen Arbeiten den Betrachtern vielfältigste Perspektiven des Themas Collagen. Ob es die sehr persönlichen und sehr anderen Biografien von Personen waren oder das Schwelgen in Erinnerungen beim Betrachten von "Mums Yesterday".

Mit Tafelfreuden die Berliner Tafel unterstützen

Besonders möchte ich die Arbeit "Tafelfreuden" hervor haben- denn mit diesem Bild wird die Arbeit der Berliner Tafel unterstützt. Diese Bild dient kann in verschiedenen Formaten und Versionen - ganz nach den Wünschen der Käufer - gestaltet werden. Der Verkaufserlös geht dann komplett an die Berliner Tafel.

Wenn auch Sie Interesse haben, in die faszinierende Welt der Collagen von Melissa Lord einzutauchen, können Sie die Ausstellung noch bis zum 10. März 2006 zu den Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros Petra Merkel besichtigen:

montags und dienstags von 10.00 bis 14.00 Uhr,



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

donnerstags und freitags von 14.00 bis 18.00 Uhr,
sowie samstags beim Verkauf des Fairen Handels von 11.00 bis 14.00 Uhr

Dies und das

Aufruf des DGB

„AUFRUF ZUR DEMO AM 11. FEBRUAR 2006

Im Februar werden die Europaabgeordneten in Strassburg über den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie abstimmen. Deshalb wird der DGB gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund am 14. Februar 06 in Strassburg demonstrieren. Die Entscheidungen für Europa fallen auch in Berlin. Die Bundesregierung entscheidet im Europäischen Rat maßgeblich mit. Die deutschen Parteien haben erheblichen Einfluss auf ihre Europaabgeordneten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf zur Demonstration am 11. Februar 2006 in Berlin gegen den Bolkestein-Entwurf für eine europäische Dienstleistungsrichtlinie. Wir brauchen einen Binnenmarkt für Dienstleistungen, der zugleich den Interessen und dem sozialen Schutz der Beschäftigten dient.

EU-Parlamentarier und Regierung fordern wir auf, diese Richtlinie zu verhindern. Sie müssen sich entscheiden

- für oder gegen Sozialdumping
- für oder gegen ungleiche Wettbewerbsbedingungen und unkontrollierbare Zustände auf den nationalen Dienstleistungsmärkten
- für oder gegen die Aushöhlung des Arbeitsrechts
- für oder gegen die Liberalisierung der Daseinsvorsorge
- für oder gegen die Entrechtung von Leiharbeitnehmern und -arbeitnehmerinnen
- für oder gegen ein soziales Europa.

Die europäischen Gewerkschaften haben seit Vorlage des Bolkestein- Entwurfs einiges erreicht. Die Demonstration von 80.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am 19. März 2005 in Brüssel hat die Kritik und die Forderungen der Gewerkschaften deutlich gemacht. Aber diese Auseinandersetzung ist noch lange nicht entschieden. Jetzt müssen wir Druck machen, auch auf die politisch Verantwortlichen in Berlin.

Der DGB-Bundesvorstand fordert:

- Die Erbringung von Dienstleistungen einschließlich der Kontrollen muss nach dem Recht des Landes geschehen, in dem die Dienstleistung erbracht wird, soweit keine einheitlichen europäischen Regeln bestehen. Deshalb: Weg mit dem Herkunftslandprinzip!



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

- Bewahrt die Schutzrechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen! Alle Regelungen, die das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber betreffen, insbesondere das Arbeitsrecht, einschließlich der Mitbestimmung im kollektiven Arbeitsrecht, des Tarifvertragsrechts, des Streikrechts und der sozialen Sicherung müssen von der Richtlinie unberührt bleiben.
- Keine Einschränkungen der Kontrolle im Rahmen der Entsendung!
- Die Leistungen der Daseinsvorsorge müssen gesichert bleiben! Sie müssen deshalb vollständig aus der Richtlinie ausgenommen werden. In besonderer Weise gilt dies für Gesundheit, Bildung und soziale Dienste.
- Schutz für Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer, die grenzüberschreitend eingesetzt werden! Die Tätigkeit von Leiharbeitsagenturen muss aus der Richtlinie ausgenommen werden. Daher ruft der DGB auf, sich an der Demonstration am 11. Februar in Berlin zu beteiligen.

Der Ablauf ist wie folgt:

11.30 Uhr Auftaktkundgebung am Bundeswirtschaftsministerium am Invalidenpark

(Invalidenstraße zwischen S-Bhf. Lehrter Bahnhof und U-Bhf. Zinnowitzer Straße)

12.00 Uhr Demonstration vom Bundeswirtschaftsministerium zum Schlossplatz
über Invalidenstraße, Chausseestraße, Hackescher Markt, Oranienburger Straße, Spandauer Straße, Karl-Liebknecht-Straße

13.30 Uhr Kundgebung auf dem Schlossplatz in Mitte.
mit Michael Sommer (Vorsitzender des DGB)

und Barbara Stolterfoht (Präsidentin der Bundes-AG der Freien Wohlfahrtspflege)

Ende der Veranstaltung ist gegen 15.00 Uhr

Weitere Infos zur Anreise, Demoroute, Programm unter <http://www.EU.DGB.de>

Die Berliner SPD trifft sich um 11.30 Uhr am Museum für Naturkunde, Invalidenstraße 43. Vielleicht sehen wir uns!

DER RUN4FUN GEHT IN DIE ZWEITE RUNDE – LAUFEN SIE MIT!

Am 12. März 2006 findet von 12.00 bis 16.00 Uhr der zweite RUN4FUN statt.

Der Lauf soll sowohl Freizeitsportlern als auch durchtrainierten Profis, Joggern, Walkern und Skatern Lust machen, fit in den Frühling zu starten und sich gesundheitsbewusst zu bewegen. Kurz vor der NFL Europe Saison (National Football League) im März geht es auch in der 2. Auflage mitten durch die Stadt, vom Brandenburger Tor zum Reichstag, zur Siegestsäule und wieder zurück.

Berlin Thunder engagiert sich neben dem Profi-Football auch intensiv im Breitensport. Laufen und Fitness sind sowohl im Amateur- als auch im Profi-Sport wichtige Bestandteile des Trainingsprogramms - nicht nur beim dreimaligen World Bowl Champion. Mit dem 5-



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kilometer-Lauf RUN4FUN möchte Berlin Thunder das Bewusstsein aller Berliner und Brandenburger für körperliche Fitness, verbunden mit Spaß und Freude, fördern und gemeinsam mit Jung und Alt aus dem Winterschlaf rütteln. Schon bei der Premiere im März 2005 machten mehrere Hundert Berliner den RUN4FUN zu einem Riesen-Erfolg, ob als aktive Teilnehmer oder Zuschauer an der Strecke.

Der RUN4FUN präsentiert sich natürlich typisch amerikanisch. An Start und Ziel am Brandenburger Tor werden alle Teilnehmer auf einer Show-Bühne mit viel Musik, einer Tombola mit hochwertigen Preisen und Gutscheinen (Preise 2005 im Gesamtwert von 35.000 €), Auftritten des Dance Teams, Interviews mit den Spielern und leckerem Essen unterhalten. Sein Sie mit dabei!

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.berlin-thunder.de>

Termin: 12. März 2006 (12 bis 16 Uhr), Start: 13 Uhr. Mit einem Organisationsbeitrag von nur 12,- € ist man dabei (ermäßigt 9,- € für Schüler/Jugendliche bis Jahrgang 1988, Unternehmen 36,- € mit 4 Läufern).

Termine

Bürgersprechstunden

Meine nächsten Bürgersprechstunden finden im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80, 10623 Berlin am Donnerstag, den 23. Februar 2006 von 15.00 bis 17.00 Uhr und am Freitag, den 17. März 2006 von 15.00 bis 17.00 Uhr statt.

Bitte melden Sie sich telefonisch unter 030-313 88 82 wenn Sie Interesse an einem Termin haben.